

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde,

herzlichen Dank für die Einladung zu dem Strategietreffen der Friedensbewegung für einen kurzen Input.

Mein Name ist Ute Rippel-Lau und ich bin Mitglied der IPPNW.

Bevor ich zu meinem Thema Militarisierung des Gesundheitswesens komme, möchte ich kurz auf das Strategiepapier „Nie wieder Krieg-Die Waffen nieder“ eingehen. Es kommt darin zu dem Schluss-ich zitiere:

„Es muss akzeptiert werden, dass unterschiedliche Organisationen und Zusammenschlüsse in der Friedensbewegung unterschiedlich argumentieren und nur Teile weitgehende Kritik am Kapitalismus und Imperialismus vertreten.“

Der Zusammenhang der Friedensbewegung zeige sich darin, dass die Gruppen in der Lage sind, mit ihrem eigenen friedenspolitischen Schwerpunkt zu agieren.

Das kann ich nur unterstützen. Es könnte sehr bereichernd sein für die Friedensbewegung, wenn es ihr gelingt, möglichst viele unterschiedliche Aspekte einzubringen. Allerdings beginnt das Papier mit einer ausführlichen geopolitischen Analyse. Ich würde mir wünschen, dass wir in Zukunft in unseren Aufrufen auf ein einengendes Framing weitgehend verzichten könnten. Ich glaube nicht, dass wir damit heute mehrheitlich die Menschen erreichen können.

Dagegen halte ich es für wichtig, noch mehr als bisher an die konkrete Arbeits- und Lebensrealität anzuknüpfen. Zwei Generationen nach dem zweiten Weltkrieg und 80 Jahre nach Hiroshima scheint die humanitäre Katastrophe, die jeder Krieg bedeutet, weitgehend vergessen. Es ist unsere Aufgabe, daran immer wieder zu erinnern. Auch dass Krieg und Aufrüstung eine gigantische Ressourcenverschwendung ist und den Klimawandel beschleunigt und ebenso unweigerlich zu Sozialabbau und Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung führt.

Für unsere Strategie-Debatte lohnt es sich, einen Blick darauf zu werfen, wie es unseren Kontrahenten aus Politik und Bundeswehr derzeit gelingt, die Debatte zu beherrschen. So geht die Bundeswehr aktiv in die Schulen und Universitäten, in die Wissenschaft, in die Wirtschaft, in die Kirchen, in den Kulturbereich in die Krankenhäuser und das Gesundheitswesen. Denn sie wissen, dass Aufrüstung und Kriegsvorbereitung nur funktioniert in enger zivil-militärischer Zusammenarbeit. Ohne die Zivilgesellschaft geht es nicht. Das ist gleichzeitig unser Ansatzpunkt und unsere Chance!

Die zivil-militärische Zusammenarbeit zieht sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche und bietet für die Friedensbewegung viele Ansatzpunkte.

Zunehmend rückt das Gesundheitswesen in den Fokus militärischer Planungen und soll „kriegstüchtig“ werden. Wenn Krieg wieder sagbar, denkbar und führbar werden soll, ist ein funktionierendes Gesundheitswesen unabdingbar. Es müsste im Kriegsfall dem Militär dienen.

In einem Nato-Bündnisfall wäre Deutschland sowohl Aufmarschgebiet für Nato-Truppen als auch Drehscheibe für verletzte Soldat*innen und Zivilist*innen. Die

Bundeswehr rechnet allein mit bis zu 1000 verletzten Soldat*innen täglich. Die Kapazität der fünf Bundeswehrkrankenhäuser wäre bereits nach zwei Tagen erschöpft. Das zivile Gesundheitssystem müsste einen erheblichen Teil seiner räumlichen und personellen Ressourcen dem Militär zur Verfügung stellen. Die zivile Gesundheitsversorgung müsste deutlich eingeschränkt werden.

Es ist eine Illusion ein Gesundheitswesen ausreichend auf eine Kriegssituation vorbereiten zu können. Ein Krieg in Mitteleuropa mit all seinen Folgen ist nicht zu bewältigen. Das gilt insbesondere, wenn ein Krieg zu einem Atomkrieg eskaliert.

Schon Anfang der 1980-er Jahre gab es den Versuch zivile Katastrophenhilfe und Kriegsmedizin in einem Gesundheitssicherstellungsgesetz zusammenzuführen. Das scheiterte damals an dem massiven Protest der Ärztinnen und Ärzte in der IPPNW, die eine Verweigerungskampagne starteten unter dem Slogan: "Wir werden Euch nicht helfen können." Inzwischen ist ein neues Gesundheitssicherstellungsgesetz in Planung.

Die IPPNW hat im letzten Jahr eine neue Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens gestartet:

Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen:

„Die Prävention von Kriegen, ob konventionell oder nuklear, ist die beste Medizin. Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die auf das Verhalten im Kriegsfall vorbereiten sollen. Nur kriegspräventive Maßnahmen kann ich vertreten. Ich lehne deshalb als Beschäftigte/Beschäftigter im Gesundheitswesen jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin ab und werde mich daran nicht aktiv beteiligen. Ich lehne weiterhin jede Maßnahme ab, die einer Kriegsmedizin den Vorrang vor der zivilen medizinischen Versorgung gibt. Das ändert nichts an meiner Verpflichtung und Bereitschaft, in allen Notfällen medizinischer Art meine Hilfe zur Verfügung zu stellen und auch weiterhin meine Kenntnisse in der Notfallmedizin zu verbessern.“

Für diese Erklärung sammeln wir Unterschriften von Menschen aus allen Gesundheitsberufen, in Krankenhäusern, Praxen und anderen Gesundheitseinrichtungen.

Außerdem organisieren wir Veranstaltungen, in denen Ärztinnen und Ärzte über die Behandlung verwundeter Soldat*innen berichten und so die Realität des Krieges erfahrbar machen.

Wir gehen in wehrmedizinische Veranstaltungen, um uns in die Diskussion einzubringen. Unsere Proteste haben in Berlin bereits dazu geführt, dass einem Bundeswehroberst, der auf einem Symposium referieren sollte, vom Veranstalter wieder abgesagt wurde.

Es ist uns wichtig, an die Arbeitsrealität anzuknüpfen. Deshalb suchen wir in den Krankenhäusern den Kontakt zu Verdi-Gruppen und planen gemeinsame Veranstaltungen. Auch in unseren medizinischen Berufsorganisationen versuchen wir uns Gehör zu verschaffen, was nicht so leicht ist.

In Kürze wird unsere kritische Stellungnahme zur Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands insbesondere zum Thema Atomwaffen veröffentlicht. Damit wollen wir die Debatte auch in die Kirchengemeinden hineintragen.